

Pressemeldung**60-Millionen-Investitionsvorhaben auf Eis
150 neue Arbeitsplätze kommen vorerst nicht**

Heimsheim. Die Stadt im Enzkreis wird nicht wie geplant ein neues, hochmodernes Sägewerk bekommen. Die 150 Arbeitsplätze, die neu entstehen sollten, wandern ins Ausland. Nicht nach Osten und nicht nach Fernost, sondern ins benachbarte Frankreich – an einen bislang nicht veröffentlichten Standort.

Der Investor Pollmeier Massivholz mit Sitz in Thüringen und Großsägewerken in Mecklenburg-Vorpommern und Bayern hat sein Vorhaben, ein weiteres modernes Laubholzsägewerk im Baden-Württembergischen Heimsheim zu errichten vorerst auf Eis gelegt.

Zwar ist das Grundstück schon erworben, die Projektierung baulich wie technisch nahezu abgeschlossen, doch der Startschuss auf ungewisse Zeit verschoben.

Der Grund hierfür liegt in der nicht gesicherten Versorgung des Werkes mit Buchenholz, obwohl in Baden-Württemberg große und bisher ungenutzte Ressourcen dieses Rohstoffs vorhanden sind: Nach Einschätzung des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum steht jährlich durchaus eine ausreichende Menge zur Verfügung - unter Berücksichtigung nachhaltiger und zukunftsorientierter Forstwirtschaft.

Eine vom Ministerium initiierte Abfrage bei kommunalen wie privaten Waldbesitzern ergab aber lediglich 60tausend Festmeter Buchenholz, die man zu liefern bereit wäre. Das Ergebnis bleibt damit deutlich hinter dem von der Bundeswaldinventur ausgewiesenen Nutzungspotenzial zurück.

Gründe dafür sieht man bei Pollmeier vor allem in Teufels Zerschlagung der einst bundesweit vorbildlichen Landesforstverwaltung Baden-Württembergs: Oblag es einst dem Ministerium sich zentral um die Pflege der Waldbestände und die Holzvermarktung zu kümmern, wurden 2005 im Zuge einer Verwaltungsreform die Kommunen mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet, also „kommunalisiert“, mit zum Teil erheblichen Konsequenzen. Zu kleinteilig und dezentral sind nunmehr die Strukturen, es fehlt eine zentrale Steuerung, um beispielsweise die Holzmobilisierung der ungenutzten Potentiale im Kleinprivatwald landesweit einheitlich zu gestalten – oder in einem Katastrophenfall wie einst Sturm „Lothar“ schnell und umfassend reagieren zu können. Bereits ein im vergangenen Jahr von der Landesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten weist ein großes Optimierungspotenzial aus und in legt in mehr als 50 Einzelpositionen eine „Reform der Reform“ nahe.

Der zuständige Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauck hat die Problematik und deren zum Teil verheerenden Auswirkungen auf eine zukunftsorientierte Forst- und Holzwirtschaft nicht nur erkannt, sondern sich vehement für eine Verbesserung der Situation eingesetzt.

Bislang aber ohne greifbaren Erfolg, denn ungeachtet der Ergebnisse des Gutachtens und den spürbaren Auswirkungen der Verwaltungsreform in der Praxis hält die CDU-Landtagsfraktion beharrlich an den bestehenden Strukturen fest. „Die CDU habe im Interesse aller baden-württembergischen Waldbesitzer und der Sägeindustrie beschlossen, ... das Einheitsformat baden-württembergischer Prägung zu erhalten.“ – so der Wortlaut eines Schreibens vom 15. Januar. Weiter heisst es: „...die Verwaltungsreform habe sich bewährt.“

Diese Positionierung aber hat nun zur Folge, dass Investitionen und Arbeitsplätze, letztlich eine langfristig international wettbewerbsfähige Holzindustrie verhindert wird. Im Europäischen Ausland sind solche Unternehmen aber herzlich willkommen, wie das aktuelle Beispiel des Baues eines Großsägewerkes Pollmeiers in Frankreich belegt.

Die CDU-Fraktion kann sich der Unterstützung des Verbandes der Säge- und Holzindustrie (VSH) sicher sein. Dieser hat in einem ebenso kurzsichtigen wie tendenziösen Positionspapier Forderungen an die Landesregierung, den Landtag und die Verwaltungen formuliert. Darin setzt sich der Verband für noch weitreichendere Befugnisse der Kreisforstämter ein, fordert für diese die ausschließliche Vermarktungshoheit für Holz. „Hier stellen Lobbyisten eigene Ziele in den Vordergrund“, so Lars Schmidt, Pressesprecher des Investors Pollmeier. Möchte man mit politischen Mitteln einen gefürchteten Wettbewerber „verhindern“, wohl wissend und ohne Rücksicht auf die Folgen für Waldbesitzer und das Land – und letztendlich auch für die eigenen Betriebe?

Als Landesverband vertritt der VSH die kleinen und mittleren Sägewerke. "Der Verband erkennt, dass die Interessen der bestehenden Sägewerke durch die Investition von Pollmeier Massivholz nicht berührt werden. Im Gegenteil: Es geht um die Nutzung bislang ungenutzter Rohstoffressourcen, im Sinne der zahlreichen Waldbesitzer in Baden-Württemberg. Dieses Werk ist von unserer Stadt unbedingt gewollt, seine Ansiedlung sinnvoll und wichtig.", schätzt der Bürgermeister von Heimsheim, Uwe Rupp, die Situation ein.

Pollmeier hat seinem Investitionsvorhaben eine detaillierte Standortanalyse vorausgehen lassen und bezieht in sein Bedarfsaufkommen ausdrücklich auf verfügbares Buchenholz, ohne die ansässigen Werke zu schädigen.

"Unsere Erkenntnisse beruhen auf eigenen Recherchen und auf den Zahlen der Bundeswaldinventur. Baden-Württemberg verfügt über ein sehr hohes Potenzial

ungenutzten Buchenholzes. Unser Werk würde einen wichtigen Beitrag zu dessen Mobilisierung leisten können. Davon würden alle profitieren – die Waldbesitzer, die kleineren Sägeunternehmen und nicht zuletzt die Umwelt." – äußert sich Lars Schmidt voller Unverständnis für die Position der CDU- und Verbandspolitiker. Er schließt eine eindeutige Forderung an die Politik an: "Wir mussten unsere Investition in Heimsheim trotz umfassender Vorbereitungen und eines bisher schon sehr hohen zeitlichen wie finanziellen Aufwandes zunächst auf Eis legen. Wir fordern deshalb von den zuständigen Politikern die Schaffung – besser gesagt die Wiederherstellung der Strukturen, die sowohl den forstwirtschaftlichen wie den zukunftsorientierten holzwirtschaftlichen Anforderungen gerecht werden. Dann bleibt auch für uns und andere Investoren der Standort Baden-Württemberg weiterhin interessant."

Dass es dem Unternehmen Pollmeier nach wie vor ernst ist mit seiner Investition in Baden-Württemberg belegt die Tatsache, dass die Planverfahren nicht abgebrochen wurden, sondern vorangetrieben und zum Abschluss gebracht werden. Zeit also für die Politik, eine Lösung zu erarbeiten.

Kontakt:

Lars Schmidt

(Marketing/PR)

Mobil: +49 172 / 341 69 42

Email: lars.schmidt@pollmeier.com

Web: www.pollmeier.com